

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- 1. zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Wolfgang Wieland, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/445 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der sozialen Situation von Ausländerinnen und Ausländern, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/1202 –**

Für die unbeschränkte Geltung der Menschenrechte in Deutschland

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist in ihrem Gesetzentwurf darauf, die gegenwärtige Rechtslage reiche zur Wahrung existenzieller Lebensbedürfnisse von Menschen, die ohne legalen Aufenthaltstitel in Deutschland lebten, nicht aus. Gesetzliche Meldepflichten öffentlicher Stellen über den Aufenthaltsstatus Betroffener und die damit verbundenen rechtlichen Konsequenzen erschwerten z. B. die Inanspruchnahme von medizinischer Versorgung, Erziehungs- und Bildungsangeboten sowie arbeitsgerichtlichem Rechtsschutz.

Zu Nummer 2

Die Fraktion DIE LINKE. thematisiert in ihrem Antrag ebenfalls die Lebenssituation von in Deutschland illegal aufhältigen Menschen.

Zur Sicherstellung sozialer Schutzrechte sollen daher neben einer Aufhebung von Meldepflichten und der Strafbarkeit von Beihilfehandlungen diesem Personenkreis zusätzlich rechtliche und politische Legalisierungsoptionen seitens der Bundesregierung eröffnet werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Einschränkung der Meldepflicht öffentlicher Stellen. Zudem soll die Strafbarkeit von humanitär motivierten Beihilfehandlungen begrenzt werden.

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/445 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1202 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/445 bzw. Annahme des Antrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/1202.

D. Kosten

Zu Nummer 1

Der erleichterte Zugang zu staatlichen Leistungsangeboten lasse bei den Leistungsträgern Kosten entstehen, die aufgrund der unbekanntem Anzahl von Betroffenen gegenwärtig nicht bezifferbar seien.

Zu Nummer 2

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/445 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/1202 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Dr. Max Stadler, Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/445** wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/1202** wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1 (Gesetzentwurf auf Drucksache 16/445)

- a) Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 91. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.
- b) Der **Finanzausschuss** hat in seiner 86. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.
- c) Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 79. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.
- d) Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 92. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.
- e) Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 125. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

f) Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

g) Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Zu Nummer 2 (Antrag auf Drucksache 16/1202)

- a) Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 91. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.
- b) Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 79. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.
- c) Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 92. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.
- d) Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.
- e) Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 11. Sitzung am 5. April 2006 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu den Vorlagen durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung, an der sich sieben Sachverständige beteiligt haben, hat der Innenausschuss in seiner 15. Sitzung am 26. Juni 2006 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses wird auf das Protokoll der Anhörung Nr. 16/15

hingewiesen. Zudem haben zu den in den Vorlagen erhobenen Forderungen weitere Berichterstattergespräche stattgefunden.

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/445 und den Antrag auf Drucksache 16/1202 in seiner 101. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten.

Als Ergebnis der Beratungen wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/445 abzulehnen.

Der Ausschuss empfahl zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/1202 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 17. Juni 2009

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

